

Partizipationsmotion; Kreditantrag für bedürfnisgerechte und zielgruppenspezifische Programme zur Förderung der Berufstätigkeit von Migrantinnen

Antrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat eine Kreditvorlage in der Zuständigkeit des Stadtrates oder der Stimmberechtigten zu unterbreiten für die Entwicklung, Koordination und den Ausbau von zielgruppenspezifischen und bedürfnisgerechten Programmen zur Förderung der Arbeits- und Berufstätigkeit sowie Weiterbildung von Migrantinnen.

Diese folgenden Punkte müssen beachtet werden:

1. Die Programme sollen den Einstieg in das Arbeits- und Berufsleben fördern sowie Weiterbildung ermöglichen.
2. Die Kinderbetreuung muss während der gesamten Programmdauer gesichert sein.
3. Bedürfnisorientierte und zielgruppenspezifische Sprachangebote sollen bei bestehenden Programmen ergänzt werden und bei neuen Angeboten von Beginn an inkludiert sein.
4. Die Angebote sollen unabhängig vom aktuellen Aufenthaltstatus und Zivilstand für alle Migrantinnen zugänglich sein.
5. Die Programme sollen sowohl die Bedürfnisse von qualifizierten Migrantinnen als auch von beruflich nicht ausgebildeten Migrantinnen erfüllen.

Begründung

Viele Migrantinnen, welche in der Stadt Bern wohnen, möchten teilhaben am gesellschaftlichen Leben, ihre Sprachkenntnisse verbessern, sich weiterbilden und ihrer Qualifikation entsprechend arbeiten.

Es fehlen aber die finanziellen Ressourcen, um Kurse zu bezahlen und die Zeitkapazität neben der Hausarbeit und Kinderbetreuung, um die angestrebten Ziele zu erreichen.

Es braucht in der Stadt Bern Programmangebote, die sich an den spezifischen Bedürfnissen von Migrantinnen orientieren. Die vielfältigen Lebensrealitäten (Kultur, Sprachkenntnisse, zeitintensive Kinderbetreuung und Hausarbeit usw.) und unterschiedlichen Bildungsniveaus (Primarschule, Berufslehre, Studium etc.) müssen berücksichtigt werden. Ausserdem genügt es nicht, dass Programme existieren, welche von Sozialdiensten übernommen werden sollen. Nicht alle Migrantinnen erhalten diese Unterstützungsleistungen. Viele leben mit ihrem Ehepartner zwar finanziell unabhängig aber in prekärer Situation. Es drohen dadurch Armut und Abhängigkeitsverhältnisse. Auch für diese Frauen müssen die Programmangebote unbedingt zugänglich sein.

Partizipation, Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit sollen für Migrantinnen in der Stadt Bern keine leeren Begriffe bleiben!

Bern, 14. Juni 2023

Erstunterzeichnende: Taghiyeva Tahina

Anzahl gültige Unterschriften: 205

Das Büro des Stadtrats hat die Partizipationsmotion am 18. August 2023 für gültig erklärt.

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat teilt die Einschätzung der Motionär*innen, dass im Bereich der beruflichen Integration von Migrantinnen (aber auch Migranten) teilweise relevante Angebotslücken bestehen. Nach Ansicht des Gemeinderats liegt die eigentliche Problematik in diesem Bereich jedoch nicht primär im Fehlen geeigneter Programme, sondern insbesondere im Fehlen von Finanzierungswegen für Personen, die keinen Anspruch oder keinen Zugang haben zu sozialstaatlichen Leistungen oder Regelangeboten, wie beispielsweise Arbeitsmarktlichen Massnahmen der RAV oder Arbeitsintegrationsangeboten der (Asyl-)Sozialhilfe.

Die betroffene Zielgruppe und ihre Bedürfnisse sind – wie das auch aus dem Motionstext herauskommt – sehr heterogen. Teilweise handelt es sich um hochqualifizierte Personen, die ihre Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt aktuell nicht angemessen nutzen können, teilweise um Personen mit wenig Qualifikationen. Immer wieder geht es auch um Vereinbarkeitsthemen, wobei nicht nur die Kinderbetreuung die berufliche Integration erschwert, sondern auch bestehende, prekäre Arbeitsverhältnisse. Ein Teil der Zielgruppe verfügt zwar über Arbeit; diese ist aber nicht existenzsichernd und erlaubt keine nachhaltige finanzielle Eigenständigkeit (Working Poor).

Die bestehende Angebotslandschaft im Bereich der beruflichen und sozialen Integration ist nach Ansicht des Gemeinderats relativ gut ausgebaut. Zu nennen sind hier unter anderem die Angebote des Kompetenzzentrums Arbeit (die im Zusammenhang mit NA-BE verstärkt auch auf die Bedürfnisse von Personen aus dem Asylbereich ausgerichtet wurden), die insbesondere auch für Personen mit eher geringen Qualifikationen geeignet sind. Einschlägige Angebote für qualifizierte Migrant*innen sind das Projekt Bernetz der Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen, das Mentoringprogramm von Frieda (ehemals cfd) oder MosaiQ des HEKS. Der wirkungsvollste Ansatz besteht aus Sicht des Gemeinderats entsprechend nicht in der Schaffung neuer Programme, sondern vielmehr in der Öffnung und gegebenenfalls im Ausbau bestehender Programme in Verbindung mit der Schaffung neuer Finanzierungswege für Zielgruppen, die heute keinen Zugang zu Unterstützungsmöglichkeiten haben.

Die Heterogenität der Zielgruppe und ihrer Bedürfnisse führt dazu, dass es nicht zielführend wäre, einfach ein bestimmtes Programm für eine neue Zielgruppe zu öffnen und auszubauen. Vielmehr sind Zugänge zu sehr unterschiedlichen Angeboten gefragt. Aus diesem Grund sollte anstelle einer Objektfinanzierung im vorliegenden Fall eine Subjektfinanzierung im Vordergrund stehen.

Schliesslich ist aus Sicht des Gemeinderats auch anzuerkennen, dass mit den Möglichkeiten der Stadt nicht alle bestehenden Herausforderungen in diesem Bereich auf der Ebene von Angeboten und Finanzierungshilfen gelöst werden können. Wenn Personen beispielsweise auf Grund fehlender zeitlicher Ressourcen respektive auf Grund wirtschaftlichen Drucks nicht an Massnahmen zur Verbesserung der beruflichen Integration teilnehmen können (z.B. Working Poor), so ist dies – jenseits vom Sicherstellen der Kinderbetreuung, angepassten Nutzungszeiten der Angebote und niederschwelligen Teilzeitangeboten – sehr schwierig zu lösen.

Vor diesem Hintergrund ist der Gemeinderat bereit, die vorliegende Motion als Postulat entgegenzunehmen.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Auch wenn der Bedarf aus Sicht des Gemeinderats klar gegeben ist, ist das effektive Mengengerüst nur schwer quantifizierbar. Die Kosten könnten aber – analog zu den DeutschBons – über ein Kostendach gesteuert werden, in dessen Rahmen dann die Subjektfinanzierungen nach zu definierenden Kriterien vergeben werden. Denkbar wäre hier zum Beispiel ein jährlicher Betrag von

Fr. 160 000.00. Wie die nachfolgenden Beispiele von Angebotskosten zeigen, könnten damit – abhängig von Angebot und Begleitdauer – jährlich rund 20 Personen pro Jahr im Umfang von Fr. 8 000.00 bei der beruflichen Integration unterstützt werden.

Angebot	Bemerkung	Monatliche Kosten (Ø)
Begleitung Berufliche Integration Kompetenzzentrum Arbeit	Dauer der Begleitung: bis 18 Monate	ca. Fr. 1000.00
Qualifizierungsprogramm Küche/ Reinigung Kompetenzzentrum Arbeit	Programmdauer: 6 Monaten	ca. Fr. 1050.00
Bernetz - Netzwerkprogramm für qualifizierte Migrant*innen	Programmdauer: 10 Monate	ca. Fr. 560.00
Frieda (ehemals cfd) Berufsmentoring	Programmdauer: 10 Monate	ca. Fr. 600.00
HEKS Mosaik	Kosten abhängig von indiv. vereinbarten Massnahmen	Fr. 500 bis Fr. 1 000.00

In Bezug auf die Finanzierung der Kinderbetreuung könnte das bestehende Modell der Betreuungsgutscheine genutzt werden.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 13. Dezember 2023

Der Gemeinderat